

Sitzungsbericht der Sitzung des Gemeinderates vom 27. Juni 2022

Zusätzlich zu den Beschlussprotokollen im Ratsinformationssystem geben wir hier den ausführlichen Sitzungsbericht der oben genannten öffentlichen Sitzung des Gemeinderates wieder.

Dieser Sitzungsbericht wird auch im Gemeindeamtsblatt abgedruckt.

Protokollführer der Sitzung: Bärbel Petters

Gemmrigheim, den 18.07.2022

Sitzungsdienst der
Gemeinde Gemmrigheim

Bürgermeister Frauhammer begrüßt die erschienenen Bürgerinnen und Bürger, die Vertreterin der Presse sowie die Damen und Herren Gemeinderäte

Er stellt fest, dass sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß und rechtzeitig geladen wurden. Das Gremium ist demnach beschlussfähig. Gegen die Ladung und Tagesordnung wurden keine Einwendungen erhoben. Wünsche zur Änderung der Tagesordnung bestehen nicht.

Als Urkundspersonen werden bestellt die Gemeinderäte Selina Felger und Michael Weingärtner.

Auch nach Wegfall der meisten Corona-Beschränkungen wurde die Sitzung wieder in die Kelter verlegt. Hier lassen sich die Abstände besser einhalten.

Die Besucherinnen und Besucher können gerne, auch am Platz, freiwillig eine Mund-Nasen-Bedeckung tragen.

Die heutige Sitzung kommt ohne ein Corona Schutz- und Hygienekonzept aus.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der Sitzung nicht gestattet und daher zu unterlassen.

Top 1 – Fragen der Einwohner

Es werden keine Fragen der Einwohner gestellt.

Top 2 – Fragen der Gemeinderäte

Es werden keine Fragen der Gemeinderäte gestellt.

TOP 3 – Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Bürgermeister Frauhammer gibt folgenden in der Sitzung vom **23. Mai 2022** nichtöffentlich gefassten Beschluss hiermit öffentlich bekannt:

- Der Gemeinderat hat beschlossen, dass der Stellenanteil für die Stelle der Lieferung des warmen Mittagessens in der Schulmensa und den Kindertageseinrichtungen den veränderten Randbedingungen angepasst und ab 01.06.2022 von 10% auf 20% erhöht wird. Die Stelle soll zunächst auf ein Jahr befristet besetzt werden.

TOP 4 - Gesamtfortschreibung des Flächennutzungsplans 2020 bis 2035 des Gemeindeverwaltungsverbandes Besigheim

Bürgermeister Frauhammer erklärt sich für befangen und verlässt den Ratstisch. Er gibt dazu folgende Erklärung ab:

Sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats,

sehr geehrte Damen und Herren,

wie ich dem Gemeinderat schon bekannt gemacht habe, war ich Eigentümer eines Flurstücks im Bereich des angedachten Gewerbegebiets Benzäcker. Mittlerweile bin ich es nicht mehr. Das Grundstück habe ich wieder verkauft.

Dennoch könnte mir eine Aufnahme des Bereichs Benzäcker in den Flächennutzungsplan wirtschaftliche Vorteile bringen. Das ist eine Konstellation, bei der ich nach meiner Auffassung nicht an der heutigen Beratung und Beschlussfassung zum Flächennutzungsplan mitwirken darf.

Wenn ich direkte Vorteile aus einem Beschluss haben könnte, kann ich per se nicht anders handeln. Ansonsten sähe ich auch die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse in Gefahr.

Ich werde mich daher auch nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht für befangen erklären.

Ich übergebe daher die Sitzungsleitung für diesen Punkt an meinen Stellvertreter Sven Herold und werde im Zuschauerraum Platz nehmen.

Der stellvertretende Bürgermeister Sven Herold übernimmt die Sitzungsleitung. Er verweist auf die Sitzungsvorlage und begrüßt Frau Saskia Seifert von der Firma KMB PLAN | WERK | STADT | GMBH.

Ein Gemeinderat findet die Stellungnahme der EnBW sehr umfangreich. Er möchte, dass der Gemeinderat seinen Planungswillen darlegt und schlägt eine Formulierung hierfür vor. Die Vertreter im Gemeindeverwaltungsverband (GVV) mögen diesen bitte dorthin weiterleiten.

Der Vorsitzende merkt an, dass der Gemeinderat dann darüber abstimmen muss, damit die Erklärung im GVV vorgebracht werden kann. Es sei grundsätzlich nicht üblich, sich in die Planungshoheit anderer Kommunen einzumischen. Daher sei der Weg über den GVV wohl der richtige.

Dieser Gemeinderat stellt den weiterführenden Antrag, nunmehr darüber abzustimmen:

Mit den Stimmen der Anwesenden wird folgender einstimmige Beschluss gefasst:

Die Vertreter der Gemeinde Gemmrigheim im Gemeindeverwaltungsverband sollen bei der Abstimmung über den FNP den Planungswillen der Kommunen bezüglich des Kraftwerkstandortes einbringen.

Konkret ist dies möglich bei der Stellungnahme 108 auf Seite 289 der Anlage 1 des FNP: Da heißt es: „Das Symbol „Elektrizität“ bezeichnet lediglich die derzeitige

Nutzung“. Diese Aussage soll um einen weiteren Satz ergänzt werden: „Es ist aber erklärter Planungswille der Kommunen, dass diese Nutzung so in Zukunft bestehen bleibt.“

Ein Gemeinderat möchte, die Bezeichnung „Stromerzeugung“ im Plan konkreter bezeichnen. Für einen anderen Gemeinderat ist dies sehr allgemein gefasst. Demnach handelt es sich bei der Fläche dort um einen Kraftwerksstandort, nicht aber um einen Standort für die Müllverbrennung.

Ohne weitere Sachaussprache wird mit den Stimmen der Anwesenden folgender einstimmige Beschluss gefasst:

1. Dem Abwägungsvorschlag über die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs in der Fassung vom 30.06.2021 (§ 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB) abgegebenen Stellungnahmen, entsprechend der beigefügten Abwägungstabelle (Anlage 1), wird zugestimmt.
2. Der Gemmrigheimer Teilbereich des vorliegenden Entwurfs der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes 2020 – 2035 in der Fassung vom 13.06.2022 wird gebilligt.
3. In öffentlicher Sitzung des Gemeindeverwaltungsverbandes am 18.07.2022 soll der überarbeitete Entwurf der Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2020 - 2035 des Gemeindeverwaltungsverbandes Besigheim in der Fassung vom 13.06.2022 gebilligt werden und nach § 4a Abs. 3 BauGB erneut bei den Bürgermeisterämtern der Mitgliedsgemeinden und bei der Verbandsverwaltung im Rathaus Besigheim für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt werden. Parallel hierzu erfolgt die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden. Stellungnahmen dürfen nur noch zu den geänderten bzw. ergänzten Teilen des Flächennutzungsplans vorgebracht werden.

Bürgermeister Frauhammer kehrt an den Ratstisch zurück und übernimmt wieder den Sitzungsvorsitz.

TOP 5.1 - Baugesuche: Erweiterung und Neubau eines Fällmittellagers, Flst. 536/8

Bauamtsleiter Polosek verweist auf die Sitzungsvorlage und stellt das Bauvorhaben kurz vor.

Bürgermeister Frauhammer ergänzt, dass die Phosphatfällung in der Kläranlage nunmehr angepasst werden muss. Es ist mit hohen Kosten zu rechnen. Ein Förderantrag wurde gestellt. Für die Förderung ist nach geltenden Richtlinien ein genehmigtes Bauvorhaben Voraussetzung. Daher ist der heutige Beschluss zu fassen. Über das Projekt selbst muss dann gesondert und im Detail entschieden werden.

Auf Nachfrage eines Gemeinderats teilt Bauamtsleiter Polosek mit, dass das Vorhaben mit 50% gefördert wird.

Ein Gemeinderat berichtet, er habe sich vor Ort über das Vorhaben informiert. Er findet die Maßnahme gut und sinnvoll.

Ohne weitere Sachausssprache wird mit den Stimmen der Anwesenden folgender einstimmige Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen zur Erweiterung und Neubau eines Fällmittellagers auf Flst. 536/8 zu.

TOP 5.2 - Baugesuche: Umnutzung einer Scheune in Reifenservice und Neubau eines Zeltles als Reifenlager, Flst. 55/3, 54 und 55

Bauamtsleiter Polosek verweist auf die Sitzungsvorlage und stellt das Bauvorhaben kurz vor.

Ein Gemeinderat hält das Gebiet aufgrund der engen Wohnbebauung für die Gewerbenutzung mit Emissionen ungeeignet. Er wird daher dem Baugesuch nicht zustimmen können.

Ein anderer Gemeinderat sieht die Feuerwehruzufahrt und den Brandschutz dort nicht gewährleistet.

Ein weiterer Gemeinderat sieht ebenfalls das Vorhaben dort mehr als kritisch und sieht durchaus Alternativmöglichkeiten an anderer Stelle.

Eine Gemeinderätin passt das Bauvorhaben nicht in die Umgebungsbebauung. Das ist auch der einzige Punkt, den der Gemeinderat hier zu prüfen hat.

Bürgermeister Frauhammer ergänzt, dass die Straße im rückwärtigen Bereich des Baugesuchs keine öffentliche, sondern eine private Fläche der Nachbarn zur Erreichung der eigenen Grundstücke sei.

Ohne weitere Sachausssprache wird mit den Stimmen der Anwesenden folgender einstimmige Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat versagt das Einvernehmen zur Umnutzung einer Scheune in Reifenservice und Neubau eines Zeltles als Reifenlager auf den Flurstücken 55/3, 54 u. 55.

TOP 5.3 - Baugesuche: Nutzungsänderung Werkstatt zu Wohnung im EG, Flst. 378/1

Bauamtsleiter Polosek verweist auf die Sitzungsvorlage und stellt das Bauvorhaben kurz vor.

Ein Gemeinderat teilt mit, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde. Er könne dem Bauvorhaben so nicht zustimmen. Stellplätze seien dort nicht vorhanden.

Auf Nachfrage eines Gemeinderats teilt Bauamtsleiter Polosek mit, dass drei Wohneinheiten geplant sind.

Ein Gemeinderat teilt mit, dass das Mehrfamilienhaus bis dato nicht genehmigt ist. Somit handle es seiner Ansicht nach nicht um eine Nutzungsänderung. Es müsse von anderen Voraussetzungen ausgegangen werden. Zudem seien die Maßnahmen bereits umgesetzt und keine Pläne vorgelegt worden. Er werde dem Beschlussantrag nicht zustimmen.

Bauamtsleiter Polosek erläutert, dass bei einer Nutzungsänderung lediglich mit dem Blick von außen entschieden werden dürfe. Pläne über die Innengestaltung müssen demnach nicht vorgelegt, Stellplätze nicht nachgewiesen werden.

Ein Gemeinderat kann sich an eine Nutzungsänderung der Verkaufsfläche erinnern, an mehr allerdings nicht.

Ein anderer Gemeinderat erklärt, dass er dem Beschlussantrag nicht zustimmen werde, da die Maßnahmen bereits abgeschlossen sind.

Eine Gemeinderätin bittet Bürgermeister Frauhammer bzw. die Gemeindeverwaltung, auf das Landratsamt Ludwigsburg zuzugehen, damit dieses zuständigkeithalber entsprechende Maßnahmen einleiten kann. Mittlerweile sei es in Gemmrigheim gelebte Praxis, dass gebaut wird wie man möchte, auch bereits vor erteilter Baugenehmigung.

Bürgermeister Frauhammer berichtet, dass er zu diesem Thema bereits mehrfach mit dem Leiter der Baurechtsbehörde gesprochen habe.

Ein Gemeinderat kann nicht nachvollziehen, dass dort ein Mehrfamilienhaus genehmigt werden kann. Er sieht den Brandschutz dort nicht gewährleistet.

Ein anderer Gemeinderat stellt den Antrag, diesen Tagesordnungspunkt bis zur Klärung der offenen Fragen zu vertagen.

Ohne weitere Sachaussprache wird mit den Stimmen der Anwesenden diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

TOP 5.4 - Baugesuche: Gaubenvergrößerung /Balkonanbau, Flst. 121

Bauamtsleiter Polosek verweist auf die Sitzungsvorlage und stellt das Bauvorhaben kurz vor.

Ohne Sachaussprache wird mit 13 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme folgender Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat erteilt das Einvernehmen zur Gaubenvergrößerung/Balkonanbau auf Flst. 121.

TOP 6 - Anpassung der Elternbeiträge in den Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Gemmrigheim zum 01.09.2022

Hauptamtsleiterin Petters verweist auf die Sitzungsvorlage.

Ein Gemeinderat erklärt, dass er dem Beschlussantrag zustimmen werde. Die Erhöhung liege deutlich unter der aktuellen Inflation. Zudem könne sich die Gemeinde keine Geschenke mehr leisten.

Ein anderer Gemeinderat hat Bedenken, aktuell die Elternbeiträge zu erhöhen. Die Familien seien schon genug belastet. Er werde sich demnach bei der Entscheidung enthalten.

Ein Gemeinderat sieht es so, dass die Gemeinde um eine Erhöhung nicht herunkommt. Sonst müsse man später wieder größere Sprünge bei der Anpassung machen. Man habe im Gremium vereinbart, das in Zukunft zu vermeiden.

Ein Gemeinderat ist für die Erhöhung. Die Gemeinde könne es sich nicht anders mehr leisten.

Eine Gemeinderätin merkt an, dass finanzschwache Familien die Möglichkeit haben, den Plus-Pass der Gemeinde zu beantragen.

Ohne weitere Sachausssprache wird mit 13 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme folgender Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat folgt den gemeinsamen Empfehlungen zur Festsetzung der Elternbeiträge des Städtetags, Gemeindetages und der Kirchenleitungen sowie der kirchlichen Fachverbände in Baden-Württemberg.

Das gemäß § 9 der Benutzungsordnung für die Kindertageseinrichtungen der Gemeinde Gemmrigheim für den Besuch der Einrichtungen zu entrichtende Benutzungsentgelt wird mit Beginn des neuen Kindergartenjahres zum 01.09.2022 um 3,9 % erhöht.

Die Elternbeiträge betragen demnach ab dem Kindergartenjahr 2022/2023 monatlich je Kind:

Regelbetreuung (30 Stunden pro Woche):

a) bei einem Kind in der Familie	97,50 €
b) bei zwei Kindern in der Familie	69,00 €
c) bei drei Kindern in der Familie	39,00 €
d) ab vier Kindern in der Familie	10,50 €

Verlängerte Öffnungszeiten (30 Stunden pro Woche):

a) bei einem Kind in der Familie	106,50 €
b) bei zwei Kindern in der Familie	74,50 €
c) bei drei Kindern in der Familie	42,50 €

d) ab vier Kindern in der Familie	11,50 €
-----------------------------------	---------

Ganztagesbetreuung (42,5 Stunden pro Woche):

a) bei einem Kind in der Familie	275,50 €
b) bei zwei Kindern in der Familie	211,50 €
c) bei drei Kindern in der Familie	149,00 €
d) ab vier Kindern in der Familie	47,00 €

Ganztagesbetreuung (45 Stunden pro Woche):

a) bei einem Kind in der Familie	291,50 €
b) bei zwei Kindern in der Familie	224,00 €
c) bei drei Kindern in der Familie	156,50 €
d) ab vier Kindern in der Familie	49,50 €

U3-Kleinkindbetreuung (30 Stunden pro Woche):

a) bei einem Kind in der Familie	338,50 €
b) bei zwei Kindern in der Familie	254,00 €
c) bei drei Kindern in der Familie	191,00 €
d) ab vier Kindern in der Familie	85,00 €.

TOP 7 - Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2022

Bürgermeister Frauhammer verweist auf die Sitzungsvorlage. Aufgrund eines Übertragungsfehlers ist der heutige Beschluss erforderlich geworden.

Ohne weitere Sachaussprache wird mit den Stimmen der Anwesenden folgender einstimmige Beschluss gefasst:

Der korrigierten Haushaltssatzung der Gemeinde Gemmrigheim für das Haushaltsjahr 2022 wird zugestimmt.

TOP 8 - Annahme von Spenden der VR Bank Ludwigsburg, des Fördervereins der Grundschule und des Elternbeirats des Kindergartens Bergstraße

Bürgermeister Frauhammer verweist auf die Sitzungsvorlage. Er dankt allen Spendern.

Ohne weitere Sachaussprache wird mit den Stimmen der Anwesenden folgender einstimmige Beschluss gefasst:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Spenden der VR-Bank Ludwigsburg in Höhe von 1.000 EUR für die Grundschule, des Fördervereins Grundschule in Höhe von 400 EUR für die Grundschule und des Elternbeirats in Höhe von 310,30 EUR für den Kindergarten Bergstraße zu.

TOP 13 - Anfragen und Bekanntgaben

Bürgermeister Frauhammer gibt folgendes öffentlich bekannt:

Vandalismus

Leider ist es wieder zu einem unerfreulichen Vorfall gekommen. Unbekannte haben mit Steinen eine Lampe auf dem Schulhof kaputt geschlagen.

Gemrigheimer Weinsommer

Die Gemeinde übernimmt wieder einen Part am 01.07.2022. Am 16.07.2022 leistet Familie Weingärtner einen Beitrag. Der Gemeinderat ist aufgerufen, ebenfalls wieder dabei zu sein.

STADTRADELN 2022

Es gilt der Aufruf an alle. Der Aktionszeitraum läuft vom 01. bis 21.07.2022. Mandatsträger können als eigene Gruppe teilnehmen.

Dreharbeiten an der Grundschule

Am 27.06.2022 ist der WDR an der Grundschule zu Gast und zeichnet eine Folge der „Sendung mit der Maus“ auf.